

(Dr. Thomas Rommelspacher [GRÜNE])

(A) Meine Damen, meine Herren, wir werden - wie wir es im Koalitionsvertrag abgemacht haben - zur Mitte der Legislaturperiode an eine gründlichere Reform insbesondere der Fehlbelegerabgabe herangehen. Ich freue mich auf eine Debatte, die sicherlich spannend sein wird. - Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Dr. Rommelspacher. - Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 13/1734 an den Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen**. Wer stimmt dieser Überweisung zu? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit haben wir einstimmig so **beschlossen**.

Ich rufe auf:

(B) **8 Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Westfälischen Provinzial-Versicherungsanstalten und über die Aufhebung des Gesetzes betreffend die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/1382

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 13/1729

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile als erster Rednerin Frau Walsken für die Fraktion der SPD das Wort. Bitte schön.

Gisela Walsken (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dass ich zögerte, hat nichts mit einer Scheu vor dem Mikrofon zu tun. Angesichts der inhaltlich spannenden Themen dieses Gesetzentwurfs und der politischen Relevanz hatten wir überlegt, ob wir überhaupt noch debattie-

ren müssen. Für meine Fraktion bin ich der Meinung, dass das nicht mehr erforderlich ist. (C)

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich deshalb nur ganz kurz dazu sagen: Ich finde es gut, dass dieses Gesetz die Ausschussberatungen einstimmig, einvernehmlich und darüber hinaus ohne jede Änderung passiert hat. Aus meiner Sicht gab es eine einzige interessante Frage: Warum - das ist vielleicht noch nicht einmal aufgefallen - tritt dieses Gesetz fast vier Jahre rückwirkend in Kraft? Bei Gesetzentwürfen ist das zumindest ungewöhnlich. Aber auch das ist nachvollziehbar: 1996 gab es in Rheinland-Pfalz und damit auf dem dortigen Geschäftsgebiet der Rheinischen Provinzial-Versicherungsanstalten eine Aufhebung des Gesetzes. Damit war faktisch auch der Teil für das Rheinland nicht mehr anwendbar. Deshalb soll jetzt, im Nachhinein, ein gleicher Rechtszustand für die Regierungsbezirke Trier/Koblenz bis nach Nordrhein-Westfalen rückwirkend hergestellt werden.

Es bestehen überhaupt keine Bedenken dagegen, so zu verfahren. Es gibt keine Schlechterstellung oder problematischen Auswirkungen in andere Bereiche hinein. Von daher kann ich meinen Redebeitrag an dieser Stelle beenden. Wir stimmen diesem Gesetz genauso einmütig zu wie in den Ausschussberatungen. - Herzlichen Dank. (D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Walsken. - Für die Fraktion der CDU hat jetzt der Kollege Schittges das Wort. Bitte schön.

Winfried Schittges (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn wir zu allen Themen, bei denen eine überzeugende Übereinstimmung herrscht, gar nichts mehr sagen, lassen wir demnächst bei jeder Gesetzentwurfentwicklung den Minister 10 Sekunden reden, erörtern aber weitere Themen nicht. Fürwahr geht es um ein Thema, das in seiner Breite Zustimmung findet. Auch der Minister findet - selbst wenn er bei Herrn Monti, dem EU-Wettbewerbskommissar, in dieser Sache nicht vorstellig wird - breite Zustimmung. Wieder einmal hat er eine Tochter, die in diesem Falle nicht nur eine Mutter hat, sondern zwei Töchter,

(Winfried Schittges [CDU])

- (A) wenn das Ergebnis wie angepeilt erzielt wird. Alles ist in der Gewährträgersversammlung in der letzten Woche bereits beurkundet worden.

Meine Damen und Herren, die Wettbewerbsnachteile sollen aufgehoben werden. Eine steuerliche Organschaft soll gebildet werden. Berücksichtige ich die Berichterstattung der letzten Stunden, besteht an der Stelle das Problem. Denn die steuerliche Organschaft wird durch die Bundestagsfraktionen der beiden herrschenden Parteien wieder infrage gestellt. Ich habe fast den Eindruck, das, was wir heute entscheiden, wird dadurch wieder belastet. Deshalb war ich der Auffassung, das hier vortragen zu müssen.

Um allen gerecht zu werden, darf ich vielleicht noch die positiven Entwicklungen des Ergebnisses deutlich machen: Wir haben eine Mitbestimmungslage, die auch die Arbeitnehmer erfreut. Wir haben zwar keine vollständige Parität, aber aufseiten der Mutter eine Drittelparität. Das Wichtigste in dem Zusammenhang, das hat der Minister zu vertreten, ist nach meinem Verständnis, dass wir diese Rechtskonstruktion sowohl aus Wettbewerbs- wie auch aus Steuerersparnisgründen schaffen.

- (B) Ich gehe davon aus, dass ihn das zwar belasten wird; da er aber ein Minister ist, der das Wettbewerbsrecht in Nordrhein-Westfalen auf das Höchste fordert, wird das Ganze wohl seine Zustimmung finden.

Ich habe meine Rede bewusst zur Seite gelegt, weil ich Ihnen, meine Damen und Herren, auch die Muße gönne, Themen möglichst schnell zu Ende zu bringen. - Ich danke Ihnen herzlich, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Schittges. - Für die Fraktion der FDP hat Herr Dr. Grüll das Wort.

Dr. Stefan Grüll (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es reizt mich natürlich, mich über Mütter im Allgemeinen und Töchter im Besonderen zu äußern. Der historische Moment allerdings, Frau Kollegin Walsken Recht geben und erleben zu dürfen, dass gleich der Minister dem

zustimmt, was ich jetzt für die FDP feststelle, dass wir nämlich insgesamt zustimmen, wollte ich nicht verstreichen lassen und namens der FDP-Fraktion natürlich sagen: Wir vollziehen das nach, was wir in den Ausschüssen gemacht haben. Es geht im Wesentlichen um Gesetzestech-
nik und war in der Sache politisch nicht strittig. Das von der Rechtstechnik Notwendige geschieht. Über die Auswirkungen ist hinreichend gesprochen worden. Natürlich stimmen wir zu. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Dr. Grüll. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Herr Sagel das Wort.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Rüdiger, zehn Minuten! - Heiterkeit)

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Bei diesem historischen Moment möchten wir natürlich auch nicht fehlen. Die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sind zufrieden. Wir sind es auch. Von daher sind wohl alle zufrieden. Ich danke. Wir werden auch zu-
stimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Wunderbar. - Herr Finanzminister, Sie haben das Wort.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Der zieht den Gesetzentwurf zurück!)

Peer Steinbrück, Finanzminister: Frau Präsidentin! Es ist alles gesagt. Ich bedanke mich bei allen Fraktionen des Landtages für die zügige Beratung, bedeutet das doch, dass wir den 01.01.2002 - mit Blick auf die Steuerrechtsänderungen - erreichen können. Als Abgeordneter werde ich meinem Gesetzentwurf, den ich in meiner Eigenschaft als Minister eingebracht habe, zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(A) **Vizepräsidentin Edith Müller:** Meine Damen und Herren, die Zufriedenheit ist nicht mehr zu steigern. Das stimmt auch das Präsidium zufrieden. - Wir sind am Ende der Beratungen.

Wir kommen zur **Abstimmung** über die **Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 13/1729**, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? Das ist einstimmig **beschlossen**.

Ich rufe nunmehr auf:

9 Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz und die Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz vom 14./21. Dezember 1995 (Änderungsstaatsvertrag zur Rheinischen Provinzial-Versicherung)

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2
der Landesverfassung
Drucksache 13/1643

(B)

Beschlussempfehlung
des Hauptausschusses
Drucksache 13/1723

zweite Lesung

Eine Debatte ist nicht vorgesehen. Wir kommen somit unmittelbar zur **Abstimmung** über die **Beschlussempfehlung** des Hauptausschusses **Drucksache 13/1723**, dem Antrag der Landesregierung zuzustimmen. Wer will dem folgen? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Auch das ist einstimmig so **beschlossen**.

Ich rufe auf:

10 Verwaltungsvereinbarung über die Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste (C)

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2
der Landesverfassung
Drucksache 13/1217

Beschlussempfehlung
des Hauptausschusses
Drucksache 13/1639

zweite Lesung

Eine Debatte ist nicht vorgesehen. Wir kommen somit unmittelbar zur **Abstimmung** über die **Beschlussempfehlung** des Hauptausschusses **Drucksache 13/1639**, dem Antrag zuzustimmen. Wer stimmt zu? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Auch das ist einstimmig so **beschlossen**.

Ich rufe nunmehr die ergänzenden Tagesordnungspunkte 11 bis 13 auf, zunächst:

11 Zustimmung zur Veräußerung eines Grundstücks des BLB (D)

Antrag
der Landesregierung
gemäß § 64 Abs. 2 LHO
Vorlage 13/867

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 13/1760

Eine Debatte ist nicht vorgesehen. Ich lasse deshalb **abstimmen** über die **Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 13/1760**. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Auch das ist einstimmig so **beschlossen**.

Ich rufe auf: